

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**XXV.GP.-NR
578 /A(E)
10. Juli 2014**

der Abgeordneten Christian Hafenecker, DI Gerhard Deimek
und weiterer Abgeordneter
betreffend KFZ – Kontrollen an Ostgrenzen

Im Jahr 2013 passierten auf Österreichs Straßen 38.502 Verkehrsunfälle, bei denen 48.044 Menschen verletzt und 455 Personen getötet wurden. Trotz der Tatsache, dass diese Zahlen im Vergleich zum Jahr 2012 leicht gesunken sind, liegen diese Zahlen dennoch - mit Ausnahme der Zahl der Todesopfer - stark über den Zahlen der Jahre 2010 und 2011 und daher auf sehr hohem Niveau.

Der Bericht der Bundesanstalt für Verkehr über technische Unterwegskontrollen 2013 liefert dazu besorgniserregende Ergebnisse. So wurde bei 25,67 Prozent der 10.291 überprüften Fahrzeuge aus der EU (exklusive Österreich) Gefahr in Verzug festgestellt, 31,79 Prozent wiesen schwere Mängel auf. Ein ähnliches Bild liefern die Auswertungen von 1.008 überprüften Fahrzeugen aus Drittstaaten: Gefahr in Verzug bestand bei 29,66 Prozent, schwere Mängel wurden bei 31,65 Prozent festgestellt.

Dadurch zeigt sich, dass eine große Anzahl an nicht-österreichischen Fahrzeugen in bedenklicher Verfassung auf den Straßen unserer Republik unterwegs ist und diese ein potenzielles Risiko für Verkehrsunfälle darstellen. Da der Anteil von Fahrzeugen aus Drittstaaten mit Gefahr in Verzug fast doppelt so hoch ist wie jener von österreichischen KFZ, muss diesem Sachverhalt besondere Beachtung zukommen. Ebenso sollte hinterfragt werden, wie bei der obersten Mangelstufe ein derartiger Unterschied zwischen österreichischen Fahrzeugen und solchen aus EU-Staaten zustande kommen kann, existieren doch gleiche Standards. Konsequenz daraus muss daher eine Intensivierung sowie lokale Spezialisierung der Überprüfung von Kraftfahrzeugen, vor allem an den Ostgrenzen des österreichischen Bundesgebietes sein.

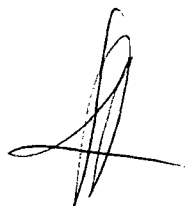
Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

“Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie, wird aufgefordert, sich für verstärkte (Unterwegs)Kontrollen von Kraftfahrzeugen mit nicht-österreichischen Kennzeichen an den Bundesgrenzen zu den östlichen Nachbarstaaten einzusetzen“

In formeller Hinsicht wird um Zuweisung an den Verkehrsausschuss ersucht.



AS

